

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftspolitik

Nr. 021/16 vom 18. Januar 2016

Johannes Callsen: Der Landesmindestlohn wirkt als Integrationsbremse auf dem Arbeitsmarkt

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, hat anlässlich der heutigen (18. Januar 2016) Pressekonferenz zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt eine Abschaffung des Landesmindestlohns gefordert:

„Wir müssen jede Anstrengung unternehmen, um Flüchtlinge mit Bleiberechtigungsprospekt schnell und gezielt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einzugliedern. Der Landesmindestlohn steht diesem Ziel entgegen“, erklärte Callsen heute in Kiel.

Anders als bei Auszubildenden müsse auf dem Arbeitsmarkt durch Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge in Schleswig-Holstein bemühen, der Landesmindestlohn gezahlt werden. Dieser sei im Bundesvergleich am höchsten. Auch die Nachweispflichten für Unternehmer verursachten zusätzliche unnötige Kosten.

„Der Eintritt ins Arbeitsleben fördert wie keine zweite Maßnahme die Integration und verringert die Belastung unseres Sozialstaates. Deshalb habe ich kein Verständnis dafür, dass SPD, Grüne und SSW am Integrationshindernis Landesmindestlohn festhalten“, sagte Callsen.